

vous aura légèrement aérés et éclairés après le noir pessimisme, le noir de feu, le noir de geai, de la couleur Ziegler.

Genehmigt – Approuvé

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss der Beilage zum Bericht

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires selon l'annexe du rapport

Angenommen – Adopté

Bundesbeschluss – Arrêté fédéral

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, par appel nominal

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Allenspach, Baumann, Baumberger, Bäumlín, Berger, Blocher, Bonny, Borel François, Borer Roland, Bühler Simeon, Bühler Gerold, Bürgi, Camponovo, Carobbio, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Columberg, Couchepin, Daepf, Darbellay, David, Deiss, Dettling, Ducret, Eggenberger, Epiney, Fankhauser, Fehr, von Felten, Fischer-Hägglín, Fischer-Sursee, Frey Claude, Frey Walter, Fritschi Oscar, Giezendanner, Giger, Gobet, Graber, Gros Jean-Michel, Grosenbacher, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Hari, Heberlein, Hess Otto, Hollenstein, Jäggi Paul, Jöri, Keller Anton, Kern, Kühne, Ledergerber, Leemann, Lepori Bonetti, Leuba, Leuenberger Ernst, Loeb François, Maeder, Maitre, Marti Werner, Mauch Ursula, Meier Hans, Misteli, Müller, Nabholz, Narbel, Nebiker, Oehler, Ostermann, Perey, Philipona, Pini, Poncet, Rebeaud, Rechsteiner, Rohrbasser, Ruckstuhl, Savary, Scheurer Rémy, Schnider, Schwab, Schweingruber, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spoerry, Stamm Judith, Steiger Hans, Steinemann, Suter, Theubet, Tschäppät Alexander, Tschopp, Vetterli, Weyeneth, Wick, Wittenwiler, Wyss Paul, Wyss William, Zbinden, Ziegler Jean, Zwahlen, Zwygart (104)

Dagegen stimmen – Rejetent le projet:

Maspoli (1)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Mauch Rolf, Ruf, Spielmann, Stalder, Zisyadis (5)

Abwesend sind – Sont absents:

Aguet, Aregger, Aubry, Bär, Béguelin, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Bodenmann, Borradori, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bundi, Caccia, Caspar-Hutter, Comby, Danuser, de Dardel, Diener, Dorman, Dreher, Dünki, Duvoisin, Eggly, Engler, Eymann Christoph, Fasel, Fischer-Seengen, Friderici Charles, Früh, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Gross Andreas, Gysin, Haering Binder, Hämmerle, Hegetschweiler, Herczog, Hess Peter, Hildbrand, Hubacher, Iten Joseph, Jaeger, Jeanprêtre, Jenni Pe-

ter, Keller Rudolf, Leu Josef, Leuenberger Moritz, Mamie, Matthey, Maurer, Meier Samuel, Meyer Theo, Miesch, Moser, Mühlmann, Neuenschwander, Pidoux, Raggenbass, Reimann Maximilian, Robert, Ruffy, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Schmid Peter, Schmidhalter, Schmied Walter, Segmüller, Stamm Luzi, Steffen, Steingegger, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Stucky, Thür, Tschuppert Karl, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Züger (89)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:

Haller (1)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

94.026

GPK-NR/SR.

Abklärungen im Jahre 1993.

Bericht

CdG-CN/CE.

Questions examinées en 1993.

Rapport

Bericht der Geschäftsprüfungskommissionen vom 12. April 1994 (BBl II 1316)
Rapport des Commissions de gestion du 12 avril 1994 (FF II 1317)

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Kenntnisnahme vom Bericht

Proposition de la commission

Prendre acte du rapport

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

Bonny Jean-Pierre (R, BE): Ich erlaube mir, einen Ordnungsantrag zu stellen, und zwar betrifft er die Tagesordnung von morgen. Gemäss Programm werden wir über die parlamentarische Initiative der WAK Nationalrat zu befinden haben, die den Bundesbeschluss über die Fortführung des Bundesbeschlusses über Finanzierungsbeihilfen zugunsten wirtschaftlich bedrohter Regionen (94.410) zum Inhalt hat.

Dabei ist vorgesehen, dass diese Beratung in Kategorie III stattfinden soll. Das bedeutet also, dass sich neben dem Kommissionssprecher nur die Fraktionssprecher zu Wort melden können. Wenn man schon über die wirtschaftlich bedrohten Regionen spricht, sollten mindestens auch die Vertreter dieser Regionen Gelegenheit bekommen, sich dazu zu äussern. Das wäre natürlich bei der Kategorie III nicht der Fall. Deshalb mein Antrag, dass man dieses Geschäft nicht in Kategorie III, sondern in Kategorie II, d. h. in einer organisierten Debatte, behandelt.

Ich mache darauf aufmerksam: Es geht z. B. auch um die Frage, wieweit eben neu bedrohte Regionen miteinbezogen werden sollen. Ich finde es nichts als recht und billig und an sich logisch, dass bei Themen, die die Regionalpolitik betreffen, Vertreter dieser Regionen – welcher Meinung sie auch seien – Gelegenheit bekommen, sich dazu zu äussern. Ich beantrage Ihnen also, das Geschäft 94.410 in Kategorie II zu behandeln.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Bonny	74 Stimmen
Dagegen	51 Stimmen

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

Steinemann Walter (A, SG): Seit 1925 besteht ein Beschluss der Stadt Bern, dass während Sessionen Demonstrationen auf dem Bundesplatz verboten sind. 1967 wurde dieses Verbot explizit bestätigt.

Trotzdem ist für heute nachmittag unverständlicherweise schon wieder eine Ausnahmebewilligung, zugunsten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, erteilt worden. Zu dieser Bewilligung für heute haben nachträglich die Ratspräsidenten klar zum Ausdruck gebracht, dass in Zukunft während den Sessionen keine Ausnahmen zu diesem Verbot mehr gemacht werden dürfen.

Ich habe bereits an der Bürositzung vom vergangenen Montag die Bewilligung als Skandal bezeichnet und offiziell dagegen protestiert. Wir von der Freiheits-Partei verurteilen, dass wissentlich und willentlich gegen das Demonstrationsverbot verstossen wird. Wir sind nicht bereit, dies einfach so hinzunehmen oder zu akzeptieren – wie anscheinend Leute, die es mit Zwischenrufen demonstrieren – und unter dem Druck von Demonstrationen zu verhandeln. Insbesondere verurteilen wir auch, dass sich in diesem Fall sogar der Bundesrat in die Angelegenheit des Parlamentes eingemischt hat und für die Ausnahmebewilligung eingetreten ist.

Ich stelle jetzt den Antrag im Namen der Fraktion der Freiheits-Partei, dass die Ratssitzung von heute nachmittag wegen der Demonstration nicht durchgeführt wird.

Präsidentin: Nachdem die Frage aufgeworfen worden ist, ob die Sitzung heute nachmittag durchgeführt werden soll, möchte ich es nicht versäumen, Sie über die diesbezügliche Diskussion im Büro zu orientieren.

Das Büro hat begrifflicherweise erst am Montag dieser Woche über diese Frage diskutiert. Es ist festgestellt worden, dass der Gemeinderat der Stadt Bern für die Erteilung solcher Bewilligungen zuständig ist. Anlässlich einer kürzlichen Aussprache zwischen den Behörden der Stadt Bern, den Ratspräsidien und dem Bundespräsidenten haben alle drei Seiten den klaren Willen bekundet, am Demonstrationsverbot während den Sessionstagen festzuhalten.

Es ist im Büro aber auch festgestellt worden, dass der Gemeinderat der Stadt Bern die Bewilligung nach Rücksprache mit dem Bundesrat erteilt hat. Der Bundesrat hat vor seinem Entscheid die Ratspräsidien diesbezüglich nicht konsultiert. Das Büro hat beschlossen, dass man diesbezüglich mit dem Bundespräsidenten Kontakt aufnehmen werde. Das wird noch in dieser Session geschehen.

Das Büro hatte keine Veranlassung, den Bundesratsentscheid inhaltlich zu diskutieren. Nachdem der Bundesrat vom Antragsteller angegriffen worden ist und nachdem der Bundespräsident wegen des nächsten traktandierten Geschäftes bei uns weilte, möchte ich ihm das Wort geben.

Stich Otto, Bundespräsident: Es ist richtig, dass wir eine Diskussion gehabt haben mit der Frau Präsidentin, mit dem Ständeratspräsidenten, mit dem Stadtpräsidenten von Bern und mit dem Polizeichef der Stadt Bern. Dies war am 16. April, wenn ich mich richtig erinnere.

Es ging um die Frage: Kann eine solche Demonstration bewilligt werden, ja oder nein? Mich hat Mitte des Monats der Stadtpräsident angerufen und gefragt: Was sollen wir tun? Ich habe gesagt: Es ist Sache der Stadt, darüber zu entscheiden, ob auf der Strasse oder dem Bundesplatz demonstriert wird, nicht Sache des Bundesrates. Aber der Bundesrat ist nach wie vor der Meinung, während Sessionstagen sollte keine Demonstration bewilligt werden.

Die weitere Diskussion hat dann gezeigt, dass die Organisatoren dieser Demonstration am 4. Mai mit einem Fax dem Berner Gemeinderat, dem Polizeivorstand ihre Pläne mitgeteilt und um eine Aussprache ersucht haben; danach haben

sie nichts mehr gehört. Man kann den Organisatoren vorwerfen, sie hätten sich noch erkundigen können. Aber jedenfalls haben sie nichts mehr gehört und haben dann zur Kundgebung eingeladen.

Unter dieser Voraussetzung habe ich den Bundesrat orientiert. Ich selber habe dem Bundesrat vorgeschlagen, wir sollten der Stadt klar sagen, in Zukunft würden wir es sehr schätzen, wenn keine Demonstrationen mehr bewilligt würden. Aber hier, wenn eine Demonstration schon organisiert sei, wäre es vermutlich nicht sehr geschickt, auch aus sicherheitspolitischen Gründen, wenn man diese Demonstration im letzten Moment anderswohin verlegen würde, weil dann trotzdem Leute vor das Bundeshaus kämen. Unter dieser Voraussetzung sind wir der Meinung gewesen – und der Bundesrat hat dem zugestimmt –, dass diese Demonstration wegen der Missverständnisse, die sich offenbar ergeben haben, durchgeführt werden dürfe – aber dies sei die letzte Ausnahme; dies müsse für alle klar und eindeutig sein.

Aber der Entscheid, der liegt bei der Stadt Bern, wir haben uns dazu klar geäußert.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Steinemann	49 Stimmen
Dagegen	79 Stimmen

94.020

Staatsrechnung 1993

Compte d'Etat 1993

Botschaft und Beschlussentwürfe vom 30. März 1994
Message et projets d'arrêtés du 30 mars 1994

Bezug bei der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale, 3000 Bern
S'obtiennent auprès de l'Office central fédéral des imprimés et du matériel, 3000 Berne

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Marti Werner (S, GL), Berichterstatter: «Miserabel, negative Spitze, Rekorddefizit, katastrophal, wir gehen dem finanziellen Ruin entgegen, so kann es nicht weitergehen, der Ernst der Lage wurde nicht erkannt, erstaunt und schockiert über das unverständliche Wachstum der Ausgaben» Was ich Ihnen hier aufzähle, ist nicht die Qualifikation des Rechnungsergebnisses 1993, sondern Ihre Beurteilung des Rechnungsergebnisses 1992 in diesem Rate, nachzulesen im Amtlichen Bulletin auf den Seiten 1164 bis 1176.

Bei der Rechnung 1992 betrug das Defizit der Finanzrechnung 2,86 Milliarden, die Staatsverschuldung stieg auf 55,6 Milliarden, und die Nettozinslast betrug 1992 2,5 Milliarden Franken.

1993 weist das Defizit in der Finanzrechnung einen Betrag in mehr als der doppelten Höhe von 7,81 Milliarden aus, die Staatsverschuldung stieg um 14 Milliarden auf 70 Milliarden, einzig verbessert hat sich dank den günstigen Zinsen die Nettozinslast. Der Anteil des Defizits 1993 beträgt 2,3 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Die Staatsquote stieg von 1991 mit 10,7 Prozent 1993 auf 11,8 Prozent, die Steuerquote hingegen sank im gleichen Zeitraum von 8,9 Prozent auf 8,4 Prozent.

In Anbetracht des Zahlenvergleiches, den ich hier angestellt habe, und in Erinnerung Ihrer Voten, die Sie zur Staatsrechnung 1992 gemacht haben, verzichte ich darauf, das Rechnungsergebnis 1993 anhand irgendwelcher Adjektive zu kommentieren, sondern ich möchte Ihnen die Zahlen im einzelnen begründen, Ihnen auch darlegen, weshalb es zu diesem grossen Defizit gekommen ist.

Auffallend ist bei der Rechnung 1993, dass die Einnahmen massiv rückläufig waren. Budgetiert waren noch 36,7 Milliarden Einnahmen, die Rechnung wies lediglich 32,8 Milliarden Franken Einnahmen aus. Sie liegen damit 6,2 Prozent unter dem Ergebnis von 1992, sogar 2,1 Prozent unter dem Ergeb-

GPK-NR/SR. Abklärungen im Jahre 1993. Bericht

CdG-CN/CE. Questions examinées en 1993. Rapport

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.026
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	01.06.1994 - 08:00
Date	
Data	
Seite	765-766
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 083

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.